

**N i e d e r s c h r i f t**  
**über den öffentlichen Teil der 26. Sitzung**  
**des Petitionsausschusses**  
**am 23. Oktober 2024**  
**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung:

Seite:

1. **Eingaben** 00656/89/19, 00677/89/19..... 3
  
2. **Besprechung von Verfahrensfragen zu den Eingaben:**
  - 00785/89/19  
Betr. Ausgestaltung der Inflationsausgleichsprämie für Beamtinnen und Beamte
  
  - 00816/89/19  
Betr. Ausgeglichene Unterrichtsversorgung aller Schulen im Landkreis Helmstedt
  
  - 00831/89/19  
Betr. Festlegung eines bindenden maximalen Schlüssels zwischen unterzubringenden Geflüchteten und Einwohnenden
  
- Verfahrensfragen*..... 4

**Anwesend:**

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Rüdiger Kauroff (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Marten Gäde (SPD)
3. Abg. Antonia Hillberg (SPD)
4. Abg. Jan Henner Putzier (SPD)
5. Abg. Julia Retzlaff (SPD)
6. Abg. Annette Schütze (SPD)
7. Abg. Jan Bauer (CDU)
8. Abg. Saskia Buschmann (CDU)
9. Abg. Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)
10. Abg. Nicolas Breer (GRÜNE)
11. Abg. Djenabou Diallo-Hartmann (GRÜNE)
12. Abg. Abg. Holger Kühnlenz (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Ministerialrätin Obst,  
Regierungsoberamtsrat Diedrich,  
Regierungsoberamtsrat Gutzler,  
Regionsverwaltungsrat Weigel.

Niederschrift:

Regierungsrätin Dr. Schütze, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 14:13 Uhr bis 14:26 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

## **Eingaben**

### **Eingabe 00656/89/19**

*Betr. Personelle und sachliche Ausstattung der Landespolizei*

Der **Ausschuss** lehnt den Vorschlag der CDU-Fraktion, die Eingabe mit dem Votum „Erwägung“ zu beschließen, gegen die Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der CDU-Fraktion und die Stimme des Vertreters der AfD-Fraktion ab.

Er empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

*Zustimmung: SPD, GRÜNE*

*Ablehnung: CDU, AfD*

*Enthaltung: -*

### **Eingabe 00677/89/19**

*Betr. Übertragung des Tarifergebnisses für den öffentlichen Dienst auf die Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft*

Der **Ausschuss** kommt auf Bitten der SPD-Fraktion überein, die Beratung der vorliegenden Eingabe zu vertagen.

*Zustimmung: SPD, GRÜNE*

*Ablehnung: CDU, AfD*

*Enthaltung: -*

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 2:

### **Besprechung von Verfahrensfragen zu den Eingaben:**

#### **00785/89/19**

*Betr. Ausgestaltung der Inflationsausgleichsprämie für Beamtinnen und Beamte*

#### **00816/89/19**

*Betr. Ausgeglichene Unterrichtsversorgung aller Schulen im Landkreis Helmstedt*

#### **00831/89/19**

*Betr. Festlegung eines bindenden maximalen Schlüssels zwischen unterzubringenden Geflüchteten und Einwohnenden*

### **Verfahrensfragen**

*Aufgrund technischer Probleme im Zusammenhang mit der Mitzeichnung der obigen Petitionen auf der Homepage des Landtages war der Ausschuss in seiner Sitzung am 11. September 2024 einhellig übereingekommen, die Mitzeichnungsfrist dieser Petitionen bis einschließlich 7. Oktober 2024 zu verlängern.*

Vors. Abg. **Rüdiger Kauroff** (SPD) legt dar, aufgrund technischer Probleme sei es einige Tage lang nicht möglich gewesen, die in Rede stehenden Petitionen auf der Homepage des Landtages mitzuzichnen. Die Mitzeichnungsfrist sei deshalb bei allen drei Petitionen um diesen Zeitraum verlängert worden, sodass sie insgesamt - wie in der Geschäftsordnung vorgesehen - für einen Zeitraum von sechs Wochen zur Mitzeichnung freigegeben gewesen seien.

Trotzdem hätten alle drei Petitionen das für eine Öffentliche Anhörung erforderliche Quorum von 5 000 Mitzeichnungen nicht erreicht; die Anzahl der Mitzeichnungen habe jeweils unter 1 000 gelegen. Dementsprechend würden die in Rede stehenden Petitionen nun - ohne eine Öffentliche Anhörung, jedoch weiterhin in öffentlicher Sitzung - weiterberaten.

Abg. **Dr. Karl-Ludwig von Danwitz** (CDU) beantragt für die CDU-Fraktion, gemäß § 51 Abs. 4 Satz 3 der Geschäftsordnung des Landtages eine Anhörung der betroffenen Petentinnen und Petenten im Ausschuss durchzuführen, obwohl das erforderliche Quorum für eine öffentliche Anhörung nicht erreicht wurde. Er sagt, die technischen Probleme bei der Mitzeichnung hätten nach Auffassung seiner Fraktion sicherlich dazu geführt, dass einige Mitzeichnende nach mehreren gescheiterten Versuchen aufgegeben hätten.

Bürgerbeteiligung, so der Abgeordnete, sei ein hohes Gut; Menschen müssten ernst genommen werden, um der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Aus diesem Grund stünde es dem Petitionsausschuss gut zu Gesicht, sich für die in Rede stehenden Petitionen drei Stunden Zeit zu nehmen.

Abg. **Nicolas Breer** (GRÜNE) erwidert, er könne die Position der CDU-Fraktion - bei allem Verständnis für die hinsichtlich der Mitzeichnung entstandene Frustration - nicht vollumfänglich

nachvollziehen. Die Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen hätten über den vorliegenden Fall beraten, um eine adäquate Lösung zu finden. Dabei habe man die Befindlichkeiten der Petentinnen und Petenten durchaus ernst genommen und keinesfalls leichtfertig abgeschmettert.

Wenn man allerdings für die in Rede stehenden Petitionen die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Ausnahmeregelung träfe, würde ein Präzedenzfall geschaffen. Zukünftig müssten dann im Falle von technischen Problemen bei der Mitzeichnung vielleicht immer entsprechende Anhörungen im Ausschuss stattfinden.

Abg. **Annette Schütze** (SPD) bringt ihr Bedauern über die technischen Probleme bei der Mitzeichnung der vorliegenden Eingaben zum Ausdruck und legt dar, nun gehe es um die Frage, ob die Erweiterung der Mitzeichnungsfrist um die entsprechende Anzahl der Tage des technischen Ausfalls als Kompensation ausreichend sei.

Da das erforderliche Quorum von 5 000 Mitzeichnungen bei allen drei Petitionen jedoch *bei Weitem* nicht erreicht worden sei, hätten die Petentinnen und Petenten dieses Ziel wohl auch ohne den technischen Ausfall nicht erreicht.

Vor dem Hintergrund, dass derartige technische Probleme theoretisch immer wieder auftauchen können, teile sie die Befürchtung, einen Präzedenzfall zu schaffen. Aus diesem Grund spreche sich auch die SPD-Fraktion dafür aus, die in Rede stehenden Eingaben in öffentlicher Sitzung - aber ohne eine Öffentliche Anhörung - weiterzuberaten.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der CDU-Fraktion, für die in Rede stehenden Petitionen eine mündliche Anhörung durchzuführen, ab.

*Zustimmung: SPD, GRÜNE*

*Ablehnung: CDU*

*Enthaltung: AfD*

\*\*\*